

Außerdem hat sich die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung eine Reduzierung des Morbi-RSA auf die Fahnen geschrieben. Auch das halten wir für falsch. Das führt nämlich zu dem, was Sie mit Ihrer Frage beklagt haben. Das in diesem Zusammenhang vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebene Gutachten - das lange unter Verschluss lag, es gab viele Debatten dazu und hat letztlich den Weg an die Öffentlichkeit gefunden - zeigt aber, dass der Morbi-RSA bei einer Reduzierung der zu berücksichtigenden Erkrankungen erheblich an Zielgenauigkeit einbüßen würde.

Außerdem zeigt das Gutachten, dass der Morbi-RSA in seiner heutigen Form den regionalen Unterschieden nur noch bedingt gerecht wird. Den Umstand, dass die Versicherten in Brandenburg im Bundesdurchschnitt älter und morbider sind, für die Versorgung im Vergleich zu anderen Bundesländern aber weit weniger Geld zur Verfügung steht, habe ich zum Anlass genommen - darüber haben wir Sie bereits informiert -, dass wir uns mit dem Bundesgesundheitsminister schriftlich auseinandergesetzt und die entsprechenden Beschlüsse im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz gefasst haben.

Im Bundesrat hat Brandenburg einen Antrag eingebracht und die Bundesregierung aufgefordert, bei der Bedarfsplanung insbesondere die demografische Entwicklung, die Sozialstruktur und die Krankheitslasten zu berücksichtigen. Das korrespondiert mit der erforderlichen Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs, worauf letztlich auch das Gutachten hingewiesen hat.

Meine Damen und Herren! Die gerechte Weiterentwicklung - das sage ich noch einmal mit Hinweis an den Fragesteller - des Morbi-RSA und der Bedarfsplanung, die letztendlich den Anforderungen gerecht wird, wollen wir unterstützen. Es ist unser politisches Ziel, dass diese Aufgabenstellung für das Land Brandenburg zum Tragen kommt.

Diese Auffassung vertreten wir zum einen im Bundesrat und zum anderen gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium. Das ist mittel- und langfristig der einzige Weg, hierbei gegenzusteuern und zu einer gerechten Vergütung der Ärztinnen und Ärzte im Land Brandenburg zu kommen.

Nun werden Sie sicherlich gleich nachfragen, wie unser Verhalten dazu im Bundesrat war. Ich erkläre es Ihnen: Wir haben den Antrag von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht abgelehnt, sondern wir haben uns der Stimme enthalten, weil mit diesem Antrag die Gefahr bestand, dass hier zwischen den Ländern eine Entsolidarisierung stattfindet. Das wollten wir nicht mittragen. - Vielen Dank.

**Präsident Fritsch:**

Es gibt Nachfragen. - Das hat sich erledigt. Wir kommen zur **Frage 770** (Gewalt an Schulen), die die Abgeordnete Große stellt. Bitte schön.

**Frau Große (DIE LINKE):\***

Wir haben heute Nachmittag noch einmal ausführlich Gelegenheit, über dieses Thema zu sprechen. Als ich die Frage formuliert habe, wusste ich noch nicht, dass wir darüber noch sprechen werden.

Meine Frage lautet: Die Zahl der Gewaltvorfälle an Schulen in Brandenburg ist in den vergangenen Jahren gestiegen, und

zwar von 2008 bis 2010 von 666 auf 777 angezeigte Gewaltvorfälle. Auffallend ist, dass die Gewaltvorfälle regional sehr unterschiedlich verteilt sind. Während in der Prignitz im Jahr 2010 nur 19 Straftaten registriert wurden, lag der Landkreis Oberhavel mit 97 Straftaten an der Spitze.

Ich frage die Landesregierung: Worin sieht sie die Gründe für diese sehr unterschiedliche regionale Verteilung?

**Präsident Fritsch:**

Frau Ministerin Münch antwortet.

**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Große, die Frage ist, ob die Zahl der Gewaltvorfälle tatsächlich so stark gestiegen ist oder ob man statistisch gesehen nicht auf ungefähr gleichem Niveau bleibt. Sicher ist, dass im Jahr 2008 weniger Gewaltvorfälle als in den Jahren 2009 und 2010 registriert worden sind. Das suggeriert einen Anstieg. Damals erfolgten aber umfangreiche Umstellungen bei der Klassifizierung durch die Polizei. Insofern bewegen sich die Zahlen nach wie vor auf einem hohen Niveau, das aber keineswegs akzeptabel ist. Denn auch mit einer gleichbleibend hohen Zahl an Gewaltvorfällen an Schulen können wir uns nicht zufriedengeben. Unser Ziel ist es, an allen Brandenburger Schulen ein Schulklima zu entwickeln, das frei von Angst und Gewalt ist. Wir sprechen heute Nachmittag noch einmal darüber.

Deshalb werden wir unsere Maßnahmen, Programme und Unterstützungsangebote weiterentwickeln, die lokalen Netzwerke gegen Gewalt stärken und die Wirksamkeit unserer Maßnahmen überprüfen.

Die unterschiedliche Verteilung der Gewaltvorfälle in den Landkreisen Prignitz und Oberhavel ist auffallend. Die Kriminalstatistik allein reicht nicht aus, um die unterschiedliche Verteilung der Gewaltvorfälle zu erklären. Nicht zu übersehen ist aber, dass die Landkreise Prignitz und Oberhavel unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen aufweisen und dass sich die Größe der Bezugsgruppen zwischen den beiden Landkreisen deutlich unterscheidet.

Im Landkreis Oberhavel gibt es in den Jahrgangsstufen 7 bis 13 mehr als doppelt so viele Jungen wie in der Prignitz. Wir wissen, dass Jungen an den Gewaltvorfällen sehr viel stärker beteiligt sind als Mädchen. Ob das als Erklärung ausreicht, weiß ich nicht, aber wir werden gemeinsam mit dem Landkreis Oberhavel die Ursachen für die hohe Zahl an Gewaltvorfällen in den Blick nehmen und genau prüfen, welche Unterstützungsmaßnahmen gebraucht werden, um möglichst zielgenau Gewaltprävention zu betreiben. - Danke.

**Präsident Fritsch:**

Wir kommen zur letzten Frage dieser Fragestunde, der **Frage 771** (Errichtung eines weiteren Solarparks in der Lieberoser Heide). Sie wird gestellt vom Abgeordneten Dombrowski.

**Dombrowski (CDU):**

In der Lieberoser Heide ist die Errichtung eines weiteren, dritten Solarparks auf einer Fläche von mehr als 650 ha beabsichtigt. Der Solarpark III im Gemeindegebiet Schenkendöbern be-